

Geschonte Morgenröte

Milde Urteile im Prozess gegen die griechische Nazi-Partei erwartet. Seite 3



Nicht nur für Kinder

Der Einzelne und seine Umwelt: »Der kleine Maulwurf« auf DVD. Seite 10

Foto: dpa/obs WDR mediagroup GmbH

Insel der Ignoranz

In Belarus rollt der Fußball noch. Mit Fans im Stadion! Seite 12

Foto: imago images/ITAR-TASS

Donnerstag, 26. März 2020

75. Jahrgang/Nr. 73

Einzelverkaufspreis 2,10 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Gebremste Ermächtigung

Ulrike Henning über die unvollständige Rettung parlamentarischer Rechte

Der Bundestag muss entscheiden, ob eine Epidemie in Deutschland ansteht oder eben nicht. Dieser Grundsatz wurde trotz rasanter Krisengesetzgebung gerettet. Gesundheitsminister Spahn, womöglich im Rausch neuer exekutiver Möglichkeiten, hatte diese Entscheidung ursprünglich seiner Funktion zugeordnet. Oppositionsparteien, darunter Grüne und Linke, versuchten, dies in den Vorverhandlungen zum Gesetz auszuschließen – mit Erfolg. Der Bundestag muss diese Notlage feststellen, die Bundesregierung darf das nicht allein. Die jetzige Entscheidung gilt nur für die aktuelle Situation und ist befristet bis April 2021, so auch die Forderung von Linke-Abgeordneten.

Dennoch bleiben dem Gesundheitsminister in einem Epidemiefall wie dem jetzigen genug Möglichkeiten: Er kann Meldepflichtigen an der Grenze anordnen, Vorgaben zu Versorgung mit Medikamenten und Schutzausrüstung machen, Vorkehrungen für Krankenhäuser und Apotheken treffen. Das klingt einerseits sinnvoll und entspricht der Notlage. Andererseits ist hier Augenmaß gefordert und eine ständige Rückkopplung mit den Akteuren. Die Bindung von Verwaltungsbefehlshandeln an parlamentarisch beschlossene Gesetze, die Aufrechterhaltung föderaler Prinzipien – das sind hohe Güter. Spätestens in einem Jahr muss nachgefragt werden, ob die Aufweichung der Rechtsordnung in Zeiten »besonderer Lösungen« nicht überzogen wurde.

UNTEN LINKS

Der **Verband der Taschendiebe und Kleinkriminellen (VdTK)** ist alarmiert. Wegen der Coronakrise rechnet man mit empfindlichen Umsatzeinbußen. VdTK-Präsident Hans Meier sagte dem »nd«: »Uns stehen schwere Zeiten bevor. Wir brauchen sofort unbürokratische Hilfsmaßnahmen der Regierung für unsere Branche.« Wo keine Menschen seien, seien auch keine Taschen, so Meier. Der Großteil der Kolleginnen und Kollegen habe nicht genügend Know-how, um kurzfristig auf Cyberkriminalität umzusatteln. Sich als Mitarbeiter des Gesundheitsamts auszugeben, um sich Zugang zu Wohnungen zu verschaffen, sei auch keine Lösung für alle. »Meine Leute wollen arbeiten«, sagt Meier. »Aber sie brauchen Jobs, wo Fingerspitzengefühl gefragt ist.« Seine Hoffnung ist deshalb Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU), die ja auf der Suche nach Spargelstechern sei. »Das wäre genau das Richtige für uns.« Allerdings würden vielleicht nicht 100 Prozent des Gemüses bei den Bauern ankommen. *rst*

ISSN 0323-3375



Aus Not bedingt spendabel

Schwarze Null ist vorerst passé / Bundestag beschließt Milliarden-Krisenpaket



Systemrelevante Tätigkeit: Vor jedem neuen Redner heißt es derzeit Pult putzen.

Foto: dpa/Michael Kappeler

Berlin. Die Abgeordneten des Bundestages gehen derzeit wegen der Corona-Ansteckungsgefahr auf Abstand und demonstrieren am Mittwoch zugleich seltene Einmütigkeit. In nur eintägiger Gesetzgebung warfen sie die Schuldenbremse über Bord und beschlossen ein riesiges Finanzpaket zur Bewältigung der Coronakrise. Teil des Pakets ist ein Nachtragshaushalt in Höhe von 156 Milliarden Euro, der nach Vorgabe des Parlaments binnen 20 Jahren getilgt werden soll. Gemessen daran, dass die Schwarze Null bisher wie eine heilige Kuh behandelt wurde, stimmten die Fraktionen in fast schon irritierender Einmütigkeit für die Neu-

verschuldung – mit Ausnahme der AfD, die sich enthielt. Im Nachtragshaushalt sind krisenbedingte Steuerausfälle von 33,5 Milliarden Euro sowie Mehrausgaben von 122,5 Milliarden Euro vorgesehen. Hinzu kommen Gewährleistungen und Garantien sowie Kreditmöglichkeiten – allein der Wirtschaftsstabilisierungsfonds umfasst 600 Milliarden Euro. Die Opposition hatte in den Vorverhandlungen durchgesetzt, dass ein Parlamentsvorbehalt auch in der jetzigen Krise gelten müsse. Die Normnahmen bleiben unter Kontrolle des Bundestags. Vergänglich machten Linke und Grüne allerdings auf die Probleme vor allem

der Ärmsten aufmerksam. Zwar sind erleichterte Zugangsmöglichkeiten zur Grundbesitzung vorgesehen. Höhere Regelsätze wenigstens für einen begrenzten Zeitraum – so weit wollten die übrigen Fraktionen denn doch nicht gehen. Auch einen Tilgungsplan für die neuen Schulden über 50 Jahre, den die Linke vorschlug, gibt es nicht. Auch ob das Kurzarbeitergeld in Höhe von 60 Prozent des letzten Lohns existenzsichernd ist, wie die Koalition es beschwört, ist unsicher. 90 Prozent waren ihr zu viel. Und einen regelmäßigen Staatszuschuss für die »Helden« in systemrelevanten Berufen gibt es auch nicht. *nd* Seiten 2 und 9

USA nun Epizentrum der Corona-Pandemie

Die Zahl der Coronavirus-Infizierten steigt schnell, auch weil es keine einheitliche Politik dagegen gibt

In den USA will der Kongress mit einem Hilfspaket von zwei Billionen Dollar gegen die Coronavirus-Pandemie vorgehen.

Von Moritz Wichmann

»Wir sind nur zuerst dran. Was in New York passiert, wird bald im ganzen Land passieren. Die Zahlen steigen schneller, als wir dachten, der Höhepunkt kommt früher« – das ist die düstere Beschreibung der Coronavirus-Pandemie von Andrew Cuomo. Er werde »diesen Bundesstaat auf den Kopf stellen, um die nötige Anzahl der Krankenhausbetten aufzutreiben«, erklärte der Gouverneur von New York. 53 000 solcher Betten hat der Staat, erwartet werden aber 140 000 Krankenhausbetten. Cuomo hat bereits mit Hilfe der US-Armee vier Feldlazarette aufstellen lassen, holt medizinisches Fachpersonal aus dem Ruhestand und bittet die Regierung zunehmend wütend

um Hilfe. »Wir brauchen nicht 400, sondern 30 000 Beatmungsgeräte«, sagt er. Dienstagabend gab es 25 000 bestätigte Coronavirus-Erkrankungen in New York, landesweit waren es zum gleichen Zeitpunkt rund 55 000.

Laut Weltgesundheitsorganisation sind die USA nun das Epizentrum der Pandemie. Weil in den USA wegen kaum vorhandener Tests lange Zeit wenig kontrolliert wurde, steigen nun die Zahlen. Doch auch fehlender politischer Wille sowohl bei Präsident Donald Trump als auch bei republikanischen Gouverneuren bei Ausgangsbeschränkungen oder anderen Gegenmaßnahmen haben für eine tagelange Weiterverbreitung des Virus gesorgt. Deswegen werden die Vereinigten Staaten in Kürze vermutlich Italien und auch das weit bevölkerungsreichere China bei der Zahl der Infizierten überholen. Zumindest politisch gibt es Fortschritte. Am Mittwoch ver-

kündeten Republikaner und Demokraten in der US-Senat, man habe sich auf ein zwei Billionen US-Dollar schweres Hilfspaket gegen das Coronavirus geeinigt. Kernpunkte sind Kredite für Großunternehmen im Umfang von 500 Milliar-

»Dieses Gesetz darf kein Geschenk für Donald Trump und seine Freunde sein«
Indivisible-Netzwerk

den Dollar, über 360 Milliarden an Krediten für Kleinunternehmer sowie 150 Milliarden für das Gesundheitssystem. Außerdem gibt es eine Einmal-Direktgeldzahlung in Höhe von 500 Dollar pro Kind und 1200 für Erwachsene, deren Jahreseinkommen unter 75 000 Dollar liegt, und eine wöchentliche Zahlung von 600 Dollar Ar-

beitslosengeld für vier Monate durch die Regierung zusätzlich zu den Zahlungen der Bundesstaaten.

Nun müssen Präsident Trump und die Demokraten im US-Kongress zustimmen. Der linke Parteiflügel kritisiert den Senatskompromiss, der nun parlamentarische Kontrolle über die Zahlungen vorsieht, als zu lasch. Er wollte eigentlich zahlreiche weitere sozialstaatliche Maßnahmen an das Gesetzespaket anheften, wie einen 15-Dollar-Mindestlohn für Unternehmen, die Staatshilfen beanspruchen. Doch ob die linken Demokraten deswegen gegen das Gesetz stimmen werden, ist unklar. Zuvor hatten 500 Aktivistengruppen, darunter etwa das Indivisible-Netzwerk, einen gerechten »People's Bailout« zugunsten der Beschäftigten und Menschen im Land gefordert. »Wir weigern uns zu sterben, um die Wall Street zu retten«, erklärte die Gruppe »People's Action«.

Blutige Anschläge in Afrika

Viele Tote durch islamistischen Terror in Tschad und Nigeria

Ndjamena. Mutmaßliche Islamisten haben bei einem Anschlag im Tschad mindestens 92 Soldaten getötet. Der Präsident des Sahelstaats, Idriss Déby, machte die aus Nigeria stammende Terrormiliz Boko Haram verantwortlich. Es sei der bislang schwerste Angriff dieser Gruppe im Tschad, sagte Déby nach einem Besuch der angegriffenen Armeebasis Boma am Dienstagabend. Am Stützpunkt nahe der Grenzen zu Niger und Nigeria hatten sich Soldaten und Angreifer seit Montag Gefechte geliefert. 47 Soldaten wurden verletzt. In der Sahelregion operieren beide Fraktionen der gespaltenen Terrorgruppe Boko Haram. Eine Splittergruppe bekennt sich zur Terrormiliz »Islamischer Staat«, die andere zum Terrornetzwerk Al-Kaida. Welche Gruppe für den Anschlag im Tschad verantwortlich ist, war unklar. Das Land ist maßgeblich an der Anti-Terror-Militäreinheit G5-Sahel von fünf Staaten beteiligt. Ebenfalls am Dienstag töteten mutmaßliche Boko-Haram-Kämpfer mindestens 70 nigerianische Soldaten im Nordosten des Landes. Laut der Zeitung »The Guardian« wurden sie in einen Hinterhalt gelockt. *epd/nd*